



Hans-Joachim Otto MdB

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main

Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

FDP-Bundestagsfraktion setzt sich für Novellierung des Rettungsassistentengesetzes ein **OTTO: Klare Regelungen auch im Interesse der Frankfurter Rettungsdienste**

Frankfurt am Main, 2. Juli 2007

Der Frankfurter FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main **Hans-Joachim Otto** begrüßt, dass auf Antrag der FDP-Bundestagsfraktion eine öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages zur Novellierung des Rettungsassistentengesetzes stattfindet: „Eine Novellierung ist mehr als notwendig. Das bisherige Gesetz aus dem Jahre 1989 beschreibt das aktuelle Berufsbild unzureichend und entspricht vor allen Dingen nicht mehr den neuesten medizinischen sowie technischen Entwicklungen und lässt die Rettungsassistenten bei der Notfallversorgung im rechtsfreien Raum“.

Zum einen müsse die Ausbildung reformiert werden und die Anerkennung des Berufsbildes als Heilberuf vorangetrieben sowie Vergütungen gezahlt werden. Es könne nicht sein, dass Auszubildende in diesem lebensrettenden Beruf ihre Ausbildung mit mehreren tausend Euro selbst bezahlen müssen, während in anderen Lehrberufen ein Einkommen gezahlt werde. Zum anderen müsse dringend die Notkompetenz der Rettungsassistenten klar definiert werden, um Sicherheit für die Rettungskräfte zu schaffen. „So darf im Notfall zum Beispiel nach geltendem Gesetz nur der dazukommende Arzt einem Schwerverletzten eine Schmerzspritze geben, nicht aber die oftmals zu erst anwesenden Rettungsassistenten. Den Rettungskräften muss deshalb endlich eine verlässliche Regelkompetenz bei der Erstversorgung garantiert werden“, fordert Otto.

Gerade der Großstadt Frankfurt mit einer hohen Dichte verschiedenster Rettungsdienstorganisationen komme diese Novellierung zu Gute. „Die zahlreichen hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frankfurter Rettungsdienstorganisationen wie zum Beispiel der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter Samariter Bundes, der Malteser und Johanniter stellen in vorbildlicher Weise die medizinische Notfallversorgung der Stadt Frankfurt sicher. Ihnen und den anderen Organisationen ist der Gesetzgeber eine solche, längst überfällige Gesetzesnovellierung und Regelung der Kompetenzen schuldig. Jede Verzögerung verlängert den unsicheren und unbefriedigenden Zustand für die Rettungsdienste und auch für die Bürgerinnen und Bürger“, erklärt Otto.

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 97160-204, Fax: 069/ 97160-222, Email: wahlkreis@hansjoachimotto.de

Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: zeis-pr@t-online.de

www.hans-joachim-otto.de

Hintergrund:

Seit 1989 ist das Rettungsassistentengesetz (RettAssG) in Kraft. Es beschreibt den Beruf des Rettungsassistenten und regelt die Grundlinien der zweijährigen Ausbildung. Das vom Auszubildenden zu zahlende Schulgeld kann ca. zwischen 2500 – 4000 Euro betragen.

Die Konstruktion „Notkompetenz“ der Rettungsassistenten ist rechtlich nicht genau geregelt und umstritten. Sie basiert vorrangig auf dem § 34 StGB (rechtfertigender Notstand), es werden jedoch auch anderslautende Rechtfertigungsgründe, wie etwa die (mutmaßliche) Einwilligung oder die rechtfertigende Pflichtenkollision, genannt. Der Notkompetenz liegt somit keine eindeutige rechtliche Regelung zu Grunde.

Antrag der FDP-Fraktion: „Dem Beruf des Rettungsassistenten eine Zukunftsperspektive geben – Das Rettungsassistentengesetz novellieren“ (BT-Drucksache 16/3343)

Öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses zum Antrag: Mittwoch, 04.07.2007, 14 bis 16 Uhr
Öffentliche Anhörung, Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Anhörungssaal 3.101